

RUMÄNIEN

Gewerkschaftsmonitor

Februar 2020

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Im ersten Halbjahr 2019 übernahm Rumänien zum ersten Mal die EU-Ratspräsidentschaft, die überschattet war von den Auseinandersetzungen um die umstrittenen Justizreformen, die die sozialliberale Regierung aus PSD (Sozialdemokratische Partei) und ALDE (Allianz der Liberalen) seit ihrem Amtsantritt vorangetrieben hatte. Vor allem bereits straffällig gewordene Politiker rund um PSD-Parteichef Liviu Dragnea propagierten die vorgesehenen Änderungen, weshalb der nicht unbegründete Verdacht der Selbstbegünstigung immer im Raum stand. Die Europäische Kommission drohte mit der Einleitung eines Rechtsstaatsverfahrens und die Sozialdemokratische Partei Europas forcierte ihre Beziehungen zur PSD ein. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde die PSD massiv abgestraft: Erreichte sie bei den nationalen Parlamentswahlen 2016 noch 46 Prozent, halbierte sie nun ihr Ergebnis und erreichte nur noch 23,5 Prozent. Des Weiteren sprachen sich die rumänischen Wähler_innen in einem von Staatspräsident Iohannis gleichzeitig angesetzten Referendum mit großer Mehrheit gegen die Justizreformen aus. Einen Tag nach den EP-Wahlen wurde Parteichef Liviu Dragnea wegen eines Korruptionsdelikts verurteilt und inhaftiert. Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă, die interimistisch den Parteivorsitz übernahm, distanzierte sich von den Justizreformen und ihrem Vorgänger. Die Konflikte mit der Europäischen Kommission kamen somit zu einem Ende; innenpolitisch blieb es jedoch unruhig: Im August verabschiedete sich der Juniorpartner, die liberale ALDE, aus der Koalition. Dăncilă kündigte an, weiterregieren zu wollen, scheiterte jedoch im Oktober an einem Misstrauensvotum. In der Folge übernahm die konservativ-liberale PNL unter Ludovic Orban die Regierungsgeschäfte, unterstützt durch mehrere kleinere Parteien. Die Präsidentschaftswahlen im November brachten der PSD eine weitere Niederlage bei: Dăncilă unterlag Amtsinhaber Iohannis in der Stichwahl und erzielte mit 34 Prozent das schlechteste Ergebnis für die PSD seit 1989.

Die Institutionen werden nun von konservativ-liberalen Kräften dominiert. War während der Kohabitation von Präsident Iohannis und der PSD-geführten Regierung Korruption das alles dominierende Thema, besteht nun die Chance, dass soziale Fragen in der politischen Auseinandersetzung wieder mehr Gewicht bekommen. Die PSD sorgte während ihrer Amtszeit für einen steten Anstieg von Pensionen und Löhnen; anderer wichtiger Herausforderungen, wie etwa der extrem arbeitnehmerfeindlichen Arbeitsgesetzgebung – die damalige Mitte-rechts-Regierung hatte 2011 im Zuge der Finanzkrise das Arbeitsrecht dereguliert und mit einem neuen Gesetz über sozialen Dialog die Gewerkschaften geschwächt –, nahm sie sich hingegen nicht an. Wie sich die PSD nach diesen Niederlagen neu ausrichten wird und ob es ihr gelingt, mit einer progressiven Agenda wieder mehr, auch jüngere Wähler_innen, anzusprechen, bleibt abzuwarten. Eine andere progressive politische Kraft ist derzeit nicht in Sicht.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Rumänien ist derzeit eines der EU-Länder mit dem größten BIP-Wachstum (2019: 4 Prozent). Das rumänische Wirtschaftsmodell als EU-Niedriglohnland ist jedoch nicht nachhaltig und ohne dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitssystem wird der weitere Aufholprozess schwierig werden. Wie auch in anderen Ländern der Region liegen wesentliche Gründe für das Wachstum in den vergleichsweise günstigen Produktionsbedingungen im EU-Vergleich, mit anderen Worten: den geringen Löhnen. Problematisch ist aber, dass die positiven Wirkungen des aktuellen Booms nicht bei allen Bürger_innen gleichermaßen ankommen und Ungleichheit und Marginalisierung sogar noch verschärfen. Einen erheblichen Anteil am Wachstum haben hohe Steigerungen des privaten Konsums – begünstigt durch einen deutlichen Anstieg der Gehälter in Teilen des öffentlichen Dienstes – sowie Steuererleichterungen (10 Prozent »flat tax« auf alle Einkommensarten).

Die 2017 zum Gesetz gewordene, EU-weit einmalige Übertragung der Zahlung aller Sozialabgaben ausschließlich auf

die Arbeitnehmer_innen, die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, die Aushöhlung des Sozialen Dialogs sowie die völlig unzureichenden Investitionen in Bildung und Gesundheit und die nach wie vor schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Bereich belegen eine ungebrochene Dominanz neoliberaler Politikmuster. Unter der von der sozialdemokratischen PSD geführten Regierung stiegen die Gehälter im öffentlichen Dienst und die Renten zwar kontinuierlich an; dies war jedoch wohl auch dem Bedürfnis geschuldet, sich der Unterstützung eines möglichst großen Teils der Bevölkerung – namentlich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und deren Familien sowie Rentner – zu versichern. Von der seit Oktober 2019 regierenden konservativ-liberalen PNL sind bis zu den Wahlen, die Ende 2020 stattfinden sollen (über eine vorgezogene Durchführung wird diskutiert), keine größeren Änderungen zu erwarten.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien entwickeln sich weiterhin sehr positiv. Deutschland ist Handelspartner Nr. 1 und nimmt den dritten Platz unter den ausländischen Investoren ein. Nach bereinigten Zahlen sind ca. 7.500 Unternehmen mit deutscher Beteiligung am rumänischen Markt aktiv. Das bilaterale Handelsvolumen betrug 2018 32,6 Mrd. Euro (rumänische Exporte: 15,6 Mrd. Euro, Importe aus Deutschland: 17 Mrd. Euro) – ein Anstieg um 11 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2017 gesamt: 29,4 Mrd. Euro). Nach Schätzungen der deutsch-rumänischen Handelskammer beschäftigen allein ihre ca. 600 Mitgliedsunternehmen in Rumänien ca. 300.000 Mitarbeiter_innen.

All die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen und die sozialpolitischen Programme haben aber nichts daran geändert, dass die rumänische Gesellschaft eine sozioökonomisch gesplante Gesellschaft ist, mit einer wachsenden Kluft zwischen wenigen Privilegierten und der Mehrheit der Bevölkerung. Weder die nunmehr zehnjährige Mitgliedschaft in der EU noch das enorme wirtschaftliche Wachstum in den letzten sechs Jahren haben die Ungleichheit in Rumänien reduzieren können, die die höchste innerhalb der EU ist. Der Anteil am BIP der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung sinkt seit der Mitgliedschaft in der EU kontinuierlich (von 2,1 Prozent 2009 auf 1,7 Prozent 2018), während der Anteil des reichsten Ein-Prozent der Bevölkerung steigt. Das System der sozialen Sicherheit in Rumänien bleibt unverändert schwach und kann die dringendsten Bedürfnisse der Ärmsten nicht sichern. Rumänien gibt nur 14,4 Prozent seines BIP für soziale Sicherheit aus – der niedrigste Anteil in der EU. Die Armut in Rumänien ist in der Konsequenz deutlich weniger zurückgegangen als in anderen EU-Ländern. Auch der Anteil der beschäftigten Armen (*working poor*) bleibt mit 15 Prozent der höchste innerhalb der EU (Daten nach Eurostat, neueste Zahlen von 2018). Im Bereich sozialer Rechte ist bzw. war das Land trotz sozialdemokratischer Regierung auch auf EU-Ebene einer der Hauptgegner einer weiteren Vergemeinschaftung und jeglicher Reform der Entsenderichtlinie – vor allem was den Transportsektor angeht. Vermeintliche Wettbewerbsvorteile rumänischer Entsendefirmen werden somit letztlich über die Interessen der eigenen Bürger – 3,5 Mio. rumänische »Wanderarbeitneh-

mer_innen« gibt es in den anderen EU-Ländern – gestellt. Die genannte Zahl entspricht 20 Prozent der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung, die das Bild Rumäniens in den übrigen EU-Ländern entscheidend prägen. Dieses Image pendelt gerade in Deutschland zwischen den Erfahrungen mit einer Mehrheit oft gut qualifizierter Arbeitnehmer_innen einerseits und den von Ausbeutung und schlechtesten Arbeitsbedingungen betroffenen Tagelöhner_innen andererseits.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Seit 2011, als die damalige Mitte-rechts Regierung das Gesetz über den sozialen Dialog änderte (das u. a. Branchentarifverträge von einer Tarifabdeckung von mindestens 50 Prozent des verhandelnden Sektors abhängig macht), ist die Landschaft der Arbeitsbeziehungen in Rumänien durch eine infolgedessen hohe Konzentration der Tarifverhandlungen auf Unternehmensebene gekennzeichnet. Die Gesamt-Tarifabdeckung beträgt dabei mittlerweile nur noch 15 Prozent der rumänischen Arbeitnehmer_innen. 2019 wurden zwei Branchentarifverträge abgeschlossen, für den voruniversitären Bildungssektor und den öffentlichen Gesundheitssektor. Im privaten Sektor wurden seit 2011 keine Branchentarifverträge geschlossen.

Aufgrund des dysfunktionalen sozialen Dialogs wurde 2018 – auch auf Druck der Gewerkschaften – ein Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der die rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Gründung einer Gewerkschaft lockern, Tarifverhandlungen in Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten zwingend vorschreiben und neue Mechanismen für die Lösung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten vorgeben würde. Der Gesetzesentwurf wurde Ende November 2018 vom Senat abgelehnt und in das Abgeordnetenhaus verwiesen, welches das letzte Entscheidungsrecht hat. 2019 war der Entwurf Gegenstand mehrerer Konsultationen der Sozialpartner, aber es wurde kein Fortschritt erzielt. Die Arbeitgeberorganisationen lehnen jegliche Änderung ab, die den Gewerkschaften mehr Macht geben oder die Bedingungen für Tarifverhandlungen erleichtern würde.

Zunehmende Spannungen prägten die Landschaft der Arbeitsbeziehungen in Rumänien im Jahr 2019. Die Zahl der an Arbeitskämpfen beteiligten Arbeitnehmer_innen verdoppelte sich nach Angaben des Arbeitsministeriums im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – von 9.059 auf 20.942. Grund hierfür könnte sein, dass der mittlerweile chronische Fachkräftemangel die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer_innen stärkt, die die niedrigen Löhne nicht mehr hinnehmen wollen. Die amtlichen Statistiken umfassen aber nur die Arbeitskämpfe, die während des offiziellen Tarifverhandlungsprozesses auftreten, und zählen keine spontanen Protestaktionen, wilde Streiks oder illegale Streiks. Einer der längsten Streiks der letzten Jahre fand 2019 im Werk des schwedischen Unternehmens Electrolux in Satu Mare statt. Nach zwei Monaten gelang es den Parteien, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, der bedeutsame Lohnerhöhungen vorsieht.

GEWERKSCHAFTEN IN RUMÄNIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Wie in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern ist das bemerkenswerteste Merkmal der rumänischen Gewerkschaften der ständige Rückgang ihrer Mitgliederzahlen nach 1989 – der Organisationsgrad der einstigen »Transmissionsriemen der Partei in die Gesellschaft« sank von über 90 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre auf rund 22 Prozent (s. u.). Die verfügbaren Daten lassen den Schluss zu, dass der stärkste Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder bereits vor der Wirtschaftskrise von 2008/09 zu verzeichnen war. Die Auswirkungen der Rezession waren für die Gewerkschaftsmitglieder also weniger schwerwiegend als die wirtschaftliche Transformationsphase, die ihr vorausgegangen ist. Die De-Industrialisierung im großen Stil seit den 1990er Jahren, die strukturellen Mutationen des Übergangs von einer staatlichen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft und eine permanente Legitimitätskrise der Gewerkschaften wirkten sich weitaus stärker auf die rumänische Gewerkschaftsmitgliedschaft aus als die Wirtschaftskrise, die die bestehenden Schwächen noch vertiefte.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftslandschaft in Rumänien ist fragmentiert. Es gibt, obwohl zwischen ihnen kaum große oder unüberwindbare ideologisch-weltanschauliche Differenzen existieren, weiterhin, wie seit den frühen 1990er Jahren, fünf nationale Gewerkschaftsdachverbände: Dies sind BNS (Nationaler

Gewerkschaftsbund / Nationaler Gewerkschaftsblock), CNS Cartel Alfa (Nationaler Gewerkschaftsbund Cartel Alfa / Confederatia Natonala und Sindicatelor Cartel Alfa), CNSLR Fratia (Nationaler Verband der rumänischen Gewerkschaften Bruderschaft / Confederatia Nationala a Sindicatelor in Rumänien Fratia), CNS-Meridian (Confederatia Nationala a Sindicatelor Meridian / Nationaler Gewerkschaftsbund Meridian), sowie CSDR (Confederatia Sindicatelor Democratice in Rumänien / Demokratischer Gewerkschaftsbund). Alle fünf Konföderationen sind nach rumänischer Gesetzgebung »repräsentativ«, d. h. sie organisieren mehr als 5 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten. Ihr Einfluss und ihre Dynamik sind jedoch unterschiedlich – die beiden Konföderationen Cartel Alfa und BNS sind aktiver als die anderen drei, die sich nach der Gesetzesänderung von 2011 bisher nicht neu erfinden konnten. In Rumänien gibt es keine nationalen Statistiken zur Gewerkschaftsdichte. Eine zuverlässige, aber unvollständige Quelle sind die auf der Website des Arbeitsministeriums zur Verfügung gestellten Dokumente, die jede Konföderation eingereicht hat, um den Repräsentativitätsstatus zu erhalten. Laut dieser Quelle zählen die fünf nationalen repräsentativen Konföderationen rund 1.333.000 Mitglieder, was bei insgesamt 6 Mio. Beschäftigten einem Organisationsgrad von etwa 22, Prozent entspricht. Zu berücksichtigen ist bei diesen Statistiken aber zum einen die starke Abnahme der Arbeitnehmer_innen in den letzten Jahren durch Migration sowie die weiteren gewerkschaftlich, aber eben nicht »repräsentativ«, organisierten Arbeitnehmer_innen.

Wie in vielen postkommunistischen Ländern so sind auch in Rumänien die Gewerkschaften dreißig Jahre nach dem Ende des Kommunismus im öffentlichen Sektor am stärksten präsent. Während die Gewerkschaft »Sanitas« etwas über 50

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Rumänien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confederatia Nationala a Sindicatelor Libere din Romania-Frația (CNSLR – Fratia, National Confederation of Free Trade Unions of Romania – Brotherhood)	Vorsitz: Leonard Barascu Stv. Vorsitz: Liviu Luca	306.486	ETUC, ITUC
Blocul National Sindical (BNS, National Trade Union Bloc)	Vorsitz: Dumitru Costin 17 stv. Vorsitzende	253.227	ETUC, ITUC
Confederatia Sindicatelor Democratice din Romania (CSDR, Democratic Trade Union Confederation of Romania)	Vorsitz: Iacob Baciu	249.264	ETUC, ITUC
Cartel Alfa (National Trade Union Confederation »Cartel Alfa«)	Vorsitz: Bogdan Hossu Stv. Vorsitzende: Petru Sorin Dandea, Liviu Apostoiu, Florentin Iancu (auch Vorsitz des Jugendverbandes)	259.443	ETUC, ITUC
Confederatia Sindicala Nationala Meridian (National Trade Union Confederation »Meridian«)	Vorsitz: Ion Popescu Geschäftsführender Vorsitz: Ion Albu	264.811	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften des Landes

Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sanitas/Gesundheitswesen	CSNLR – Fratia	Vorsitz: Leonard Barascu Stv. Vorsitz: Marius Sepi	91.766	EPSU
Federatia Sindictelor Libere din Invatamant (FSLI, National Federation of Free Unions of Education)	CSDR	Vorsitz: Simion Hancescu Stv. Vorsitz: Ioan Tent	162.697	Education International
Federatia Sindicatelor din Invatamanat Spiru Haret – »Spiru Haret« Education Unions Federation	CSNLR – Fratia	Vorsitz: Nistor Marius Ovidiu Stv. Vorsitz: Maria Popa	75.683	Education International
IndustriAll-BNS	BNS	Vorsitz: Florica Vasilescu		IndustriAll
Federatia Sindicatelor Libere din Chimie si Petrochimie (FSLCP, Free Union Federation in Chemicals and Petrochemicals)	Cartel Alfa	Vorsitz: Achille Costin Dutu	8.580	IndustriAll
Federatia Sindicatelor din Comert (FSC, Federation of Commerce Unions)	Cartel Alfa	Vorsitz: Vasilica Gogescu Stv. Vorsitz: Constantin Barbulescu, Mircea Costinean	11.599	UNI
Federatia Asigurari si Banci (FAB, Federation of Insurance and Banks)	Cartel Alfa	Vorsitz: Constantin Paraschiv 10 stv. Vorsitzende	13.306	UNI

Prozent der Beschäftigten des Gesundheitssektors organisiert, decken die beiden Bildungsgewerkschaften zusammen über 80 Prozent der Arbeitnehmer_innen dieses Bereichs ab. Daneben sind Schlüsselbetriebe aus der Energieversorgung (Öl- und Gasindustrie, Atomkraftwerke) und Großbetriebe aus dem Automobil- und Schiffbau sowie der Stahl- und Kohleindustrie gut organisiert. Aufgrund der kleinteiligen rumänischen Eigentümerstruktur der Wirtschaft mit über 90 Prozent Klein- und Kleinstbetrieben mit weniger als 15 Beschäftigten ist aber evident, dass es hier neben den rechtlichen Beschränkungen bereits an einer vernünftigen Organisationsstruktur fehlt.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Trotz der Tatsache, dass Rumänien seit über 12 Jahren der EU angehört, ist die rechtliche Situation der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder weit entfernt davon, unproblematisch zu sein. Bezugspunkt aller gewerkschaftlichen Tätigkeit stellt das Gesetz Nr. 62 aus 2011 dar. Demnach ist u. a. das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten, nur denjenigen Arbeitnehmer_innen vorbehalten, die einen individuellen bei der Arbeitsbehörde registrierten Arbeitsvertrag haben. Dies verhindert, dass Arbeitnehmer_innen, die mit atypischen Arbeits-

formen befasst sind, überhaupt einer Gewerkschaft beitreten können. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass sich für die Gründung einer Gewerkschaft mindestens 15 Beschäftigte eines Unternehmens zusammenschließen müssen. Dies hindert de facto Arbeitnehmer_innen in Unternehmen mit weniger Beschäftigten daran, eine Gewerkschaft neu zu gründen. Vor dem Hintergrund der rumänischen Wirtschaftsstruktur mit ihrer starken Dominanz der Kleinbetriebe (s. o.) stellt diese Bestimmung einen Eingriff in die gewerkschaftlichen Freiheiten im Sinne der ILO-Konventionen 87 und 98 dar. Darüber hinaus führen andere Bestimmungen des zitierten Gesetzes zu Schwierigkeiten der Gewerkschaften, sich gegenüber ihren Mitgliedern zu legitimieren. Bis 2011 konnte eine Branchengewerkschaft, die die Repräsentativitätsschwelle nicht erfüllte, repräsentativ werden, indem sie sich einem repräsentativen Verband anschloss. Seit 2011 können die Verbände nur dann repräsentativ sein, wenn sie mindestens 7 Prozent der Beschäftigten der Sektoren beschäftigen. 2011 wurden außerdem die nationalen Tarifverhandlungen abgeschafft. Bis 2011 schlossen repräsentative Konföderationen und Arbeitgeberverbände gemeinsam mit der Regierung jährliche oder mehrjährige Tarifverträge, die alle Arbeitnehmer_innen abdeckten. Beide Änderungen haben die Konföderationen und vielen Branchengewerkschaften ihres wichtigsten Handlungsinstruments und einer

Hauptquelle ihrer Legitimität beraubt. Ohne die Möglichkeit, Tarifverträge abzuschließen, verloren die Gewerkschaften in den Augen vieler Mitglieder ihre Existenzberechtigung. Da Branchentarifverträge von einer Tarifabdeckung von mindestens 50 Prozent des handelnden Sektors abhängen, sind die Arbeitsbeziehungen in Rumänien mittlerweile durch eine hohe Konzentration der Tarifverhandlungen auf der betrieblichen Ebene gekennzeichnet.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Tarifvertragsdeckung vor 2011 wurde auf fast 100 Prozent geschätzt, sank jedoch nach der erwähnten Gesetzesreform stark ab auf 15 Prozent. Durch die Gesetzesreform wurden die nationalen Tarifverhandlungen abgeschafft, womit nur noch Tarifverhandlungen auf Branchen- und Unternehmensebene zulässig waren. Dies führte zu einem starken Rückgang der Tarifverträge, die auf Branchenebene abgeschlossen wurden, wobei jährlich inzwischen noch ein oder zwei Tarifverträge unterzeichnet wurden. Die wichtigsten Tarifverhandlungen beziehen sich auf die Unternehmensebene, aber fast 90 Prozent der auf Unternehmensebene unterzeichneten Tarifverträge werden durch Arbeitnehmervertreter_innen (sogenannter »Repräsentativkomitees«) ausgehandelt und nicht durch die Gewerkschaften, was auf einen erheblichen Machtverlust der Gewerkschaften auf Unternehmensebene hinweist. Dadurch, dass in 450.000 Unternehmen die Mindestbeschäftigtengröße von 21 Arbeitnehmer_innen nicht erreicht wird, bleiben die 1,2 Mio. Beschäftigten in diesen Unternehmen de facto ohne Tarifabdeckung, da die gesetzliche Pflicht zur Durchführung von Tarifverhandlungen erst ab dieser Kenngröße greift. Der erwähnte 2018 eingebrachte Gesetzesentwurf sieht vor, diesen Schwellenwert auf 10 Beschäftigte abzusenken, befindet sich jedoch immer noch in der parlamentarischen Beratung.

Der soziale Dialog wird auf nationaler, territorialer und sektoraler Ebene formalisiert organisiert. Hauptgremium ist der Sozial- und Wirtschaftsrat (CES), ein tripartites beratendes Forum, das zu allen Gesetzesentwürfen in seinem Zuständigkeitsbereich (Wirtschaft, Steuern, Arbeit, Sozialschutz, Gesundheit, Bildung, Forschung, Kultur, Löhne) konsultiert werden muss. Da in der praktischen Arbeit des CES viele Blockaden auftraten, die hauptsächlich auf Gesetzeslücken zurückzuführen waren, die zu umstrittenen Auslegungen zwischen den teilnehmenden Parteien führten, wurde im Jahr 2015 eine Reihe von Änderungen des CES-Gesetzes vorgenommen. Die Änderungen zielen darauf ab, die Funktionsfähigkeit der Institution zu verbessern. Ein weiteres Gremium für den Dialog auf nationaler Ebene ist der »Nationale dreigliedrige Rat für den sozialen Dialog« (CNTDS). Der CNTDS ist ein Konsultationsgremium, das sich aus Vertreter_innen der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaftsorganisationen, der Regierung, der Nationalbank und dem Präsidenten des erwähnten CES zusammensetzt. Das CNTDS ist das beratende Forum für die Empfehlung des Mindestlohns auf nationaler Ebene, für die Analyse der Regierungsstrategien und -programme und für die Lösung von Streitigkeiten in Dreiergruppen.

Auf lokaler Ebene wurden Kommissionen für den sozialen Dialog auf Kreis-Ebene eingerichtet. Ihr gehören Vertreter_innen der örtlichen Verwaltung und der national vertretenen Gewerkschaftsverbände an. Weitere relevante Interessengruppen können teilnehmen, falls ihre Anwesenheit zuvor von den anderen Teilnehmern vereinbart wird. Auf sektorieller Ebene wurden tripartite Ausschüsse für den sozialen Dialog in 17 öffentlichen Behörden und Institutionen gebildet, wie beispielsweise dem Arbeitsministerium, dem Finanzministerium und dem Gesundheitsministerium. Angesichts einer oftmals kurzfristigen und zum Teil erratischen (Sozial-) Gesetzgebung kann aber nicht davon gesprochen werden, dass diese Instrumente des sozialen Dialogs mehr als nur »Feigenblatt«-Funktion haben. Zumindest klaffen Anspruch bzw. Papierform und tatsächlicher Einfluss weit auseinander.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Korruptionsskandale einiger Gewerkschaftsbünde und Einzelgewerkschaften sowie Korruptionsvorwürfe gegen mehrere Gewerkschaftsführer kamen im letzten Jahrzehnt häufiger vor und überschatteten das Bild von Gewerkschaften im öffentlichen Raum und in der Medienberichterstattung. Im Jahr 2012 wurde z. B. der Präsident des CSDR, einer der fünf nationalen repräsentativen Dachverbände, wegen Interessenkonflikts angeklagt, weil er mehrere Posten bekleidete, die laut rumänischer Gesetzgebung unvereinbar sind. Im Jahr 2013 wurde der Präsident der CNSLR-Fratia, des zahlenmäßig größten rumänischen Gewerkschaftsverbands, wegen Korruption zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, während dem Vizepräsidenten Korruption und Geldwäsche vorgeworfen wurde. Solcherlei Skandale zerstören das Vertrauen der Mitglieder, machen die Gewerkschaftsführer auch gegenüber der Regierung verwundbar und schwächen generell ihre Verhandlungsmacht.

»Externe Legitimität« zu gewinnen durch Erfolge im politischen Raum fällt den Gewerkschaften auch deswegen schwer, weil – anders als für westeuropäische Betrachter_innen zu vermuten – keine besondere ideologisch-politische Nähe zur in Rumänien bisher dominierenden politischen Kraft, der sozialdemokratischen PSD, existiert. Die PSD fährt wirtschaftspolitisch spätestens seit den Victor Ponta-Jahren einen in vielerlei Hinsicht neoliberalen Kurs. Die »Reparatur« des nationalen und sektoralen Tarifverhandlungssystems ist der PSD trotz diverser Möglichkeiten dazu seit der schon angesprochenen Reform von 2011 kein Anliegen gewesen. Inwieweit sich die Partei nach den jüngsten Wahlniederlagen neu und dabei tatsächlich sozialer ausrichten und eine stärkere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchen wird, ist noch nicht absehbar. Bei fünf Gewerkschaftsbünden in einem noch knapp 20 Mio.-Einwohner-Land muss man sich jedoch auch fragen, ob nicht schon allein durch diese Fragmentierung die politische Durchschlagkraft der Gewerkschaftsbewegung entscheidend gehemmt wird.

Größte Herausforderung wäre also eine Neugestaltung der Gewerkschaftslandschaft, auch um die Sichtbarkeit und Ver-

netzung auf europäischer Ebene ausgehend von den bisherigen »Inseln der Kooperation« und entlang von Wertschöpfungsketten beispielsweise im Automobil- und Metallbereich oder im Handel zu verstärken. Daneben müssen dringend Strategien entwickelt werden, um die Mitgliederdichte im privaten Sektor zu verbessern, wobei es hierzu bereits einige positive Ansätze in den Bereichen IT, Banken/Versicherungen und Handel gibt. Daneben wäre perspektivisch eine Vernetzung mit NGOs (»Allianzbildung«) aus dem progressiven Bereich anzustreben, um das herrschende Entwicklungsparadigma von Rumänien als Niedriglohnland für die westeuropäischen Märkte infrage zu stellen.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.